

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 17. Oktober 2014

Richtig ist das Gegenteil von dem, was die Sozis wollen: Also mehr Föderalismus und mehr Demokratie!

Claudio Zanetti, Kantonsrat SVP, Gossau

"Es gibt da eine Frau in Chicago. Sie hat 80 Namen, 30 Adressen, 12 Sozialversicherungskarten und kassiert Kriegsrenten für verstorbene Ehemänner, die es nie gegeben hat." So sprach Ronald Reagan im Vorwahlkampf zur Präsidentschaft im Frühjahr 1976. Linda Taylor, so lautete der Name der Betrügerin, wurde stellvertretend für all jene an den Pranger gestellt, die die Solidarität der Gemeinschaft auf das schamloseste ausnutzten. Die damals 47 Jahre alte Chicagoerin wurde zur Cadillac fahrenden "Welfare Queen".

In dem wohl bekanntesten Schweizer Fall von Sozialhilfebetrug fuhr die Delinquentin nicht Cadillac, sondern BMW. Und das mit der Kriegsrente hätte hierzulande wohl selbst eine Monika Stocker stutzig gemacht. Doch das Problem, das sich stellt, ist in praktisch sämtlichen westlichen Industrienationen das Gleiche: Asoziale Individuen missbrauchen die Solidarität der Gesellschaft, und es handelt sich dabei keineswegs nur um Einzelfälle. Viele Sozialhilfeempfänger haben sich mit dem Geld des Staates verhältnismässig gut eingerichtet und denken überhaupt nicht daran, wieder einer geregelten Arbeit nachzugehen. Der Homo oeconomicus kann rechnen. Er wäre ganz schön dumm, wenn er jagen und sammeln ginge, wo ihm doch alles hingestellt wird.

Die terribles compliceurs

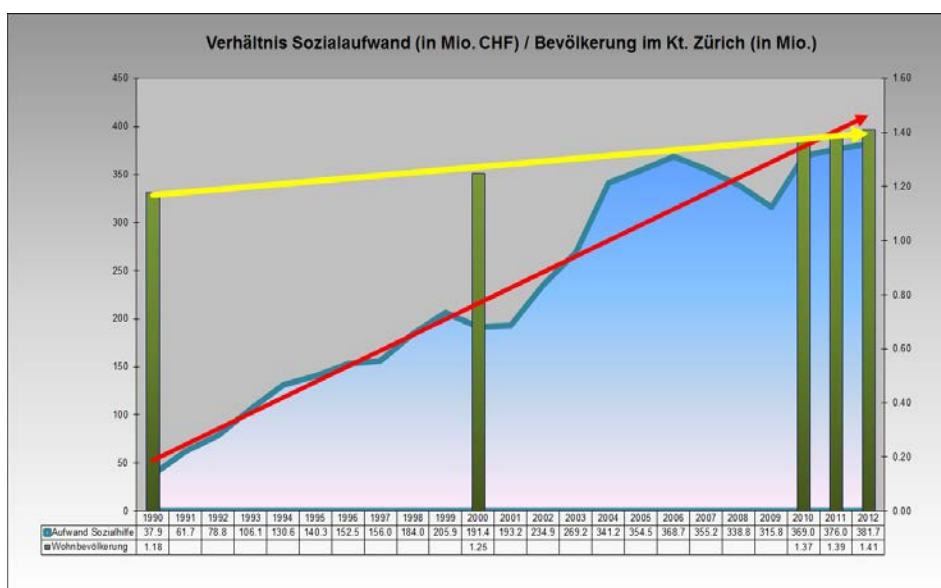
Wir haben es also – auf Seite der Sozialhilfeempfänger – mit einem vollkommen rationalen Verhalten zu tun. Da sich dieses rasch den jeweiligen Anreizen und Verhältnissen anpasst, wäre das Problem relativ einfach aus der Welt zu

schaffen, wären da nicht die „terribles complicateurs“, jene „Experten“ und Intellektuellen, die sich des Themas bemächtigt haben. Und wie der brillante US-amerikanische Ökonom und Fellow der Hoover Institution in seinem Werk „Intellectuals ans Society“ überzeugend nachweist, genießt diese Bevölkerungsgruppe das Privileg absoluter Narrenfreiheit. Mögen sich ihre Konzepte, ja selbst die diesen zugrunde liegenden Prämissen, auch als vollkommen weltfremd und falsch erweisen, haben sie deswegen keine kritische Fragen oder gar Sanktionen zu befürchten. Im Gegenteil: Der Nimbus der „Experten“ ist so stark, dass sie im praktisch sämtlichen Medien selbst den grössten Unfug zum Besten geben dürfen, ohne dass ihre Kompetenz je infrage gestellt würde.

Eine besonders zerstörerische Auswirkung auf das kritische Denkvermögen hat das Zauberwort „Prophylaxe“. Zeigt sich nach einigen Jahren, dass der von „Experten“ prognostizierte Effekt auch nach dem Einsatz von Unsummen nicht eintreten will, wird kurzerhand behauptet, ohne die empfohlenen Massnahmen wäre die Situation noch wesentlich schlimmer, woraus abgeleitet wird, dass es deutlich mehr finanzielle Mittel braucht. Und niemand widerspricht. Nicht einmal jene, die Tinte in Fässern kaufen.

Lagebeurteilung

Der Aufwand für Sozialhilfe ist über Jahre hinweg deutlich stärker angestiegen, als jener des Bevölkerungswachstums. [Meine Kollegin Barbara Steinemann hat dazu weitere Zahlen aus dem Kanton Zürich erhoben, die Sie in den Unterlagen zur Medienkonferenz finden.]



Seit 1990 hat sich der Aufwand für die klassische Sozialhilfe im Kanton Zürich von 37,9 Millionen auf 381,7 Millionen Franken im Jahre 2012 erhöht. Das ist eine Steigerung um über 907 Prozent. Zwar war auch das Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum enorm, doch wirken die 19,5 Prozent im Verhältnis dazu als geradezu lächerlich.

Bereicherung sieht anders aus

Auch auf Bundesebene entspricht die Situation durchaus nicht dem, was man sich gemeinhin unter „Bereicherung durch Zuwanderung“ vorstellt: Zwischen 2005 und 2012 wuchs die Wohnbevölkerung um satte 7,8 Prozent. Der Aufwand für Sozialhilfe stieg im gleichen Zeitraum von 1,77 Mia. auf 2,37 Mia. Franken. Das ist eine Steigerung um fast 40 Prozent. Doch auch hier: Kritisiert werden nur jene, die es wagen Kritik zu äussern.

Es ist den „Experten“ gelungen, das System so zu pervertieren, dass plötzlich Selbstverständliches exotisch erscheint. Wenn, wie ein Zürcher Regierungsrat kürzlich apodiktisch feststellte, Sozialhilfe ganz einfach zu einem „modernen“ Staat gehört, wird ausgeblendet, ja verdrängt, dass der Staat nur Geld verteilen kann, das er zuvor anderen weggenommen hat. Doch die Zahlenden haben plötzlich nicht einmal mehr das Recht, eine Erklärung und Sicherheit für die zweckmässige Verwendung ihres Geldes oder gar eine Gegenleistung der Empfänger zu verlangen. Steuern seien schliesslich, so wird den Fragenden entgegengehalten, bedingungslos geschuldet. So entfremdet sich der Staat von seinen Trägern.

Föderalismus und Demokratie als Bedrohung

In diesem Biotop entstehen Cluster der Sozialindustrie, die gar kein Interesse haben (kann), die Probleme, von deren Verwaltung sie lebt, zu lösen, denn auch hier haben wir es mit dem Homo oeconomicus zu tun. Wie jedes Biotop braucht auch dieses eine ganz bestimmte Umgebung und Schutz vor feindlichen Einflüssen. Was im Garten DDT und andere Umweltgifte sind, sind in der Welt der Sozialarbeiter Föderalismus und Demokratie.

Offenbar sind Sozialisten selbst nicht sehr von der Richtigkeit und Überlegenheit ihrer Konzepte überzeugt. Sie scheuen jedenfalls den Wettbewerb wie der Teufel das Weihwasser, und würgen ihn darum ab. Sicher ist sicher! Die intellektuelle Grosszügigkeit, die dem Gedanken zugrunde liegt, auch andere könnten möglicherweise für ihre Bedürfnisse gute Lösungen haben, geht Sozialisten ab. Das würde ihr Sendungsbewusstsein infrage stellen. Euphemistisch nennen sie

die von ihnen forcierte Gleichmacherei „Harmonisierung“. Doch vermögen solche Nebelpetarden nicht über die wahren Motive hinwegzutäuschen: Es darf nicht zugelassen werden, dass ein anderes System bessere Resultate bringt. Also wird zentralisiert und vereinheitlicht.

Als mindestens ebenso grosse Bedrohung ihrer Pläne zur Verbesserung der Menschheit betrachten Sozialisten die direkte Demokratie, baut diese doch auf urteilsfähigen und mündigen Menschen und nicht auf einer tumben Manövriermasse. Im Sozialbereich treibt diese antidemokratische Grundhaltung besondere Blüten. Man stelle sich vor, die Regierung würde die „Richtlinien des Bundes der Steuerzahler für eine steuerzahlerfreundliche Fiskal- und Finanzpolitik“ für allgemeinverbindlich und zur Richtschnur der eigenen Politik erklären. Absurd, nicht wahr? Aber genau so läuft es im Sozialwesen. Die Regierung hat die Gesetzgebung – die Raison d'être eines Staates! – in einem wichtigen Bereich, der in finanzieller Hinsicht sogar massiv zu Buche schlägt, ausgelagert. In der Wirtschaft würde man von einem Outsourcing sprechen. Offenbar besteht seitens der Regierung kein Grund zu der Annahme, der mit der Legiferierung betraute Privatverein könne seine Kompetenzen missbrauchen und die Sozialhilfe gar senken. Dass das nicht passiert, ist durch die Personalpolitik gewährleistet: Tonangebend sind in den Gremien die Vertreter der Sozialindustrie und der Exekutiven, die keinem Gesetz so treu Folge leisten, wie dem von Parkinson formulierten. Die demokratische Kontrolle bleibt aussen vor – wie beim „autonomen Nachvollzug“ von EU-Richtlinien, bzw. der – bedingungslosen – Unterwerfung unter das, was Zentralisten und Sozialisten als Völkerrecht betrachten. Auch der Auslagerung der Sozialhilfe an die KESB liegt dieser Gedanke zugrunde. Den Beweis, dass diese unpersönliche, dafür angeblich professionelle, Behörde bessere Resultate liefert, bleibt sie bisher allerdings schuldig.

Die berüchtigten SKOS-Richtlinien haben zum Ziel, den so genannten „Sozialtourismus“ einzudämmen. Warum eigentlich? Werden so wirklich die richtigen Interessen geschützt? Ich habe nichts dagegen, wenn die A-Stadt Zürich noch mehr zum Paradies für Arbeitslose, Alkoholiker und Asoziale wird, sofern sie das will. Einzige Bedingung: Sie sollen es selber bezahlen und sich nicht über den Finanzausgleich schadlos halten dürfen! Mehr Wettbewerb, und vor allem ein Wettbewerb der Systeme und Ideen, täte auch in der Sozialpolitik Not. Wie sollen gute Ideen entstehen, wenn schon die aufoktroierte Grundidee in die falsche Richtung zielt?

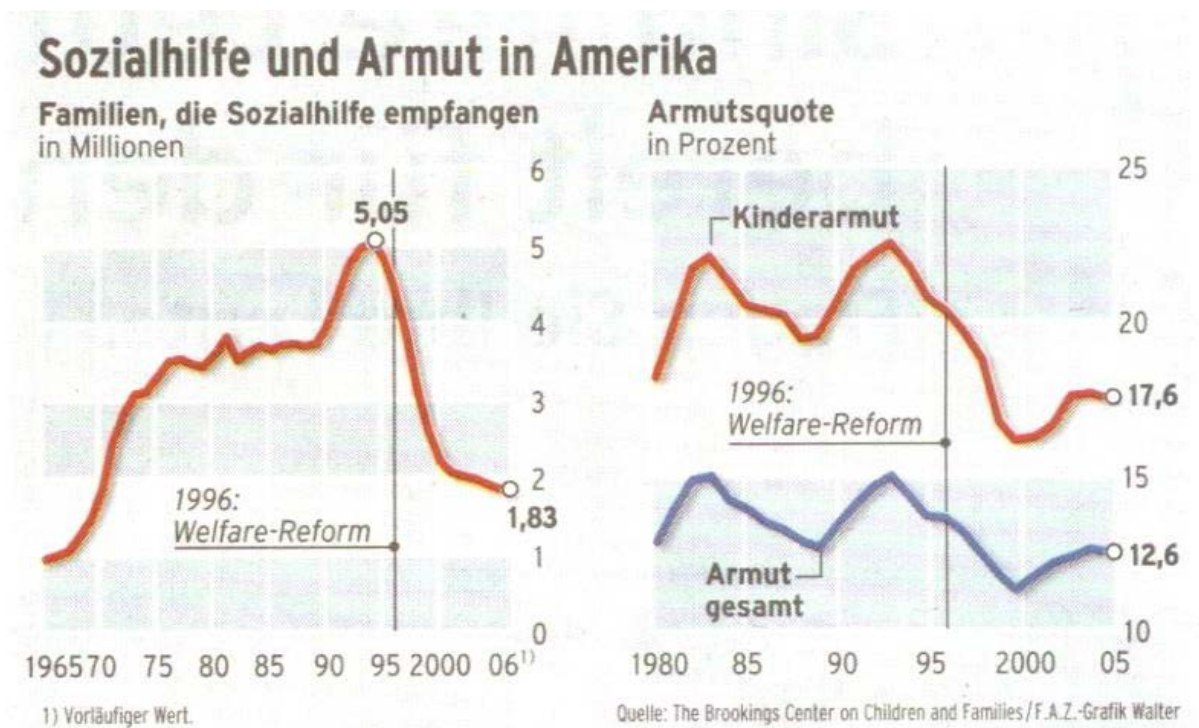
Vorbild USA (vor Obama)

Ronald Reagan erkannte das Problem, die richtigen Schlussfolgerungen gezogen und ein grosses Reformpaket in die Wege geleitet. Es war allerdings der Demokrat Bill Clinton, der zwei Jahrzehnte später, im August 1996, seine Unterschrift unter den "Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act" setzte und seinen Landsleuten das "Ende der Fürsorge, wie wir sie kennen", verkündete. "Wir haben heute die Gelegenheit, die Sozialhilfe in das zu verwandeln, was sie sein soll - nämlich eine zweite Chance und nicht eine normale Lebensart", sagte Clinton.

Dezentralisierung

Der Einschnitt war radikal: Die Reform beendete die Sozialhilfe des Bundes in ihrer traditionellen Form und verwies die Verantwortung an die Bundesstaaten. Diese erhielten in der Folge einen geringen Zuschuss aus Washington und waren dafür relativ frei in der Festlegung der Voraussetzungen, unter denen ihre Bürger Fürsorge erhalten. Kernelement der "Welfare-Reform" ist die Bedingung, dass Empfänger innerhalb von zwei Jahren eine Arbeit aufnehmen müssen und die Leistungen nur noch höchstens fünf Jahre - auf das gesamte Leben bezogen - bezahlt werden.

Die Zahlen belegen den Erfolg der Reform eindrücklich.



Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 03.12.2006, Nr. 48 / Seite 46

Das ist die Richtung, in die sich die Schweizer Sozialpolitik bewegen muss!